

**„Frieden – zivil statt militärisch“-Priorität für Friedensfachdienste!
Erklärung der Jahrestagung des AEE am 13.10.2007 in Nürnberg**

Der Arbeitskreis Evangelische Erneuerung (AEE) sieht mit Sorge, wie deutsche und andere SoldatInnen in immer mehr Ländern der Welt für „friedenssichernde Maßnahmen“ unter dem Mandat der UN eingesetzt werden. Soeben hat der Bundestag das Afghanistan-Mandat gegen viele Bedenken verlängert. Soldaten leisten dort gewiß einen notwendigen Dienst zur Verhinderung von noch mehr Gewalt und teilweise auch zum zivilen Wiederaufbau. Wir erkennen diese Arbeit an und sehen das hohe persönliche Risiko dieses Einsatzes und die Belastungen der Angehörigen.

Dennoch fragen wir, ob die militärischen Einsätze - auch die der Bundeswehr, auf die wir uns im Folgenden beziehen - wirklich die Chance der Friedenssicherung auf lange Sicht haben. Offensichtlich bestehen die Spannungen zwischen den verfeindeten Gruppen im Kosovo, im Kongo, im Sudan oder in Afghanistan fort. Es entsteht ein unseliger Kreislauf: drohender Bürgerkrieg rechtfertigt Militäreinsätze und diese wiederum dienen den Konfliktparteien als Rechtfertigung gewaltsamer Aktionen. Wir meinen, dass dieser Kreislauf nicht mit militärischen Mitteln, sondern nur durch gezielte, fachkundige Friedensarbeit durchbrochen werden kann.

Der AEE hat vor zehn Jahren im Papier „Auf dem Weg zu einem gerechten Frieden“ festgestellt:

Der Einsatz militärischer Gewalt über Grenzen hinweg zur Wahrung bzw. Wiedererlangung von Frieden kann nur als äußerster Grenzfall politisch vernünftigen Handelns ethisch gerechtfertigt sein. Er ist strengsten Kriterien zu unterwerfen, die verhindern, dass aus dem Grenzfall, der ultima ratio, wieder der Normalfall, die prima ratio, politischen Handelns wird. ...

Es bedarf alternativer, lokal und regional wirksamer Konzepte und Methoden des Friedenshandelns ... Ziel ... ist der Erhalt oder Wiederaufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Sie ist der Lernort für ein friedliches Zusammenleben und einen lebensfähigen, toleranten Pluralismus. Darum haben die Entwicklung einer kritischen Öffentlichkeit, Lernprozesse von Mehrheiten, gewaltfreie Streitklärung und solidarische Beziehungen in der Zivilgesellschaft ihren Ort.

Heute, zehn Jahre später, sind wir vom Friedensdienst als echter Alternative zur militärischen Friedenssicherung in Deutschland immer noch weit entfernt. Zwar werden in unserem Land jährlich 17 Millionen Euro für zivilen Friedensdienst in aller Welt ausgegeben. Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr allein aber kostet im Jahr 500 Millionen Euro.

9000 deutschen SoldatInnen in aller Welt stehen gerade einmal 285 Friedensfachkräfte gegenüber. Dabei ist längst erwiesen, dass SoldatInnen bestenfalls Gewalt eindämmen können, während die ausgebildeten FriedensfacharbeiterInnen nachhaltig Frieden stiften und Zivilgesellschaft aufbauen.

Wir rufen dazu auf, die öffentliche Aufmerksamkeit endlich auf die tiefer liegenden Ursachen von nationalen und internationalen Konflikten zu richten:

- auf die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, Arbeit und Kapital
- auf die Verletzung von politischen und sozialen Grundrechten, insbesondere der Rechte auf Arbeit, Bildung und medizinische Hilfe
- auf die ungebremste Zerstörung der natürlichen Umwelt und die Verschwendung natürlicher Ressourcen durch die Industrienationen, deren Folgen insbesondere arme Länder treffen und treffen werden.
- auf Kränkungen und kulturelle Demütigungen ganzer Völker und Religionen.

Wir sind an diesen Konfliktursachen als Verursachende beteiligt, aber zugleich sind auch Menschen in unserem Land von ihnen betroffen.

Unsere Kirche muss in ihrer weltweiten ökumenischen Arbeit ebenso wie vor Ort, in ihrem öffentlichen Dialog mit Politik und Wirtschaft, in ihrer Verkündigung, ihrer Diakonie und ihre Bildungsarbeit friedens- und lebensfördernde Kräfte stärken, für sie reden, beten und arbeiten.

Wir erwarten von unserer Kirche, dass sie sich mehr als bisher daran beteiligt, Friedensfachkräfte für Konflikte in unserem Land und in den Krisenherden der Weltpolitik auszubilden und zu unterstützen.

Wir fordern von unserer Regierung, dem zivilen Friedensfachdienst endlich die ihm angemessene Förderung und Entwicklung einzuräumen und verlässliche Strukturen dafür aufzubauen

Wir erwarten von einer künftigen europäischen Verfassung, dass sie zivilen Friedensdienst mindestens den gleichen Rang einräumt wie dem Militär.

Nürnberg, im Oktober 2007

Die Mitgliederversammlung des AEE